

Es gab Handlungsalternativen

Eine neue Studie zur „Gleichschaltung“ der Vorgängerorganisation der Hamburger GEW präzisiert und differenziert bisher Umstrittenes

Seit 1988 prangt eine Erinnerungstafel am Curiohaus, dem Sitz des Hamburger Landesverbands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Hier geht es unter anderem um die Rolle ihrer Vorgängerorganisation, der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, während der NS-Zeit. Auf der Tafel ist zu lesen, der Lehrerverband sei im Frühjahr 1933 „zwangsweise gleichgeschaltet“ worden. Wie zahlreiche andere Vereine jener Zeit brachten die Nazis also auch die Gesellschaft der Freunde auf Linie. Im Klartext bedeutet dies: Zunächst wurde der Vorstand ausgetauscht und mehrheitlich mit Nationalsozialisten besetzt, später wurde dann der gesamte Verein in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) überführt.

Angesichts der Vorgeschichte der Gesellschaft der Freunde (GdF) ist dieser Vorgang wenig verwunderlich. Der im Jahr 1805 gegründete Lehrerverein galt schon früh als besonders fortschrittlich, seit dem späten Kaiserreich war er eine Hochburg der Reformpädagogik. In der Weimarer Republik wurden dann viele seiner schulpolitischen Forderungen umgesetzt, etwa die Selbstverwaltung der Schulen, die Einführung der universitären Ausbildung der Volksschullehrer_innen oder die Einrichtung der reformpädagogischen Versuchsschulen. Die Gesellschaft der Freunde war politisch linksliberal und antifaschistisch geprägt. Dementspre-

chend musste sie den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge sein.

Doch zuletzt sind Zweifel an der Darstellung aufgekommen, die „Gleichschaltung“ des

halb der GEW, die über einen längeren Zeitraum mit großer Vehemenz und Polemik geführt wurde. Nun konnten erstmals Dokumente zur Geschichte der Gesellschaft der Freunde aus dem Hamburger Staatsarchiv ausgewertet werden, die ein differenzierteres Bild zum Vorschein bringen.

Sie zeigen beispielsweise, dass es der Gesellschaft der Freunde Anfang der 1930er Jahre besser als anderen Gliederungen des Deutschen Lehrervereins (DLV) gelang, die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise für ihre Mitglieder abzumildern. Dies war einer der Gründe dafür, dass sich die Hamburger Junglehrer_innen weniger stark radikalisierten als andernorts und dass die Gesellschaft der Freunde Anfang der 1930er Jahre nicht von einem vergleichbaren Mitgliederexodus wie andere Lehrervereine erfasst wurde. Zudem bezog der Vorstand recht eindeutig Stellung gegen die immer stärker werdende Hitler-Bewegung – sowohl bei Versammlungen als auch in den Spalten der „Hamburger Lehrerzeitung“. Innerhalb des DLV bekämpften die Vertreter der Gesellschaft der Freunde jegliche Anbiederungsversuche gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung.

Doch als die Nationalsozialisten im März 1933 auch in Hamburg die Regierungsgeschäfte übernahmen, geriet der Vorstand der Gesellschaft der Freunde immer stärker unter Druck. Drei verschiedene Entwicklungen



Vereins hätte „zwangsweise“ stattgefunden. Akteure aus dem Umfeld der GEW fanden vermeintliche Hinweise darauf, dass die „Gleichschaltungsversammlung“ keineswegs unter Zwang stattgefunden habe. Mitarbeiter der Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Universität Frankfurt behaupteten, der Hamburger Lehrerverein habe „sich bis 1933 freiwillig mit einer großen Mehrheit dem Nazi-Lehrerbund NSLB angeschlossen und ihm sein gesamtes Vermögen geschenkt“. Es entwickelte sich daraufhin eine Debatte inner-

wirkten nun auf ihn ein: Erstens verschärfte sich das gesellschaftliche Klima in der Hansestadt. Die Verfolgung jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger begann ebenso wie die Repressionen gegen politische Gegner des Regimes. Im Bildungssektor unternahmen die neuen Machthaber erste „Säuberungsaktionen“, indem sie Schulräte und Schulleiter aus dem Umfeld der Gesellschaft der Freunde absetzten und durch ihre eigenen Parteigänger ersetzten. Zweitens wuchs der Druck von Seiten des Hamburger NSLB. Innerhalb des bislang bedeutungslosen Landesverbands fand ein monatelanger Machtkampf statt, bei dem beide konkurrierenden Strömungen auf eine „Machtübernahme“ in der Gesellschaft der Freunde setzten, um so den eigenen Einfluss zu stärken. Beide einte das Ziel, die bisherige linksliberale, reformpädagogische Dominanz zu brechen. Drittens verschärfte sich die Situation innerhalb des DLV. Hier drängte die mittlerweile mehrheitlich nationalsozialistisch dominierte Basis auf eine „Gleichschaltung“ des Verbandes. Durch Rücktritte und bereits vollzogene „Gleichschaltungen“ einzelner Zweigvereine gingen der Gesellschaft der Freunde in diesen Wochen nach und nach alle Verbündeten im

DLV verloren.

Im April 1933 gelangte die Führung des Hamburger Lehrervereins vermutlich zu der Einsicht, dass sich dessen „Gleichschaltung“ langfristig nicht mehr verhindern ließe. Daraufhin setzte ein rascher Anpassungskurs gegenüber den Nationalsozialisten ein, der sich auf verschiedenen Ebenen beobachten ließ. In der Vereinszeitung fiel die Berichterstattung über die neuen Herrscher wohlwollender als bislang aus. Immer öfter druckte die Redaktion kritiklos deren Verlautbarungen ab. Zugleich beschloss der Vorstand der Gesellschaft der Freunde, Verhandlungen mit dem Hamburger Gleichschaltungskommissar und mit Vertretern des lokalen NSLB über die Zukunft ihres Vereins aufzunehmen. Hier verfolgten die Reformpädagogen das Ziel, die wirtschaftlichen Werte und die sozialen Kassen der GdF zu sichern. Als die nationalsozialistischen Verhandlungsführer zugesichert hatten, dass diese den Vereinsmitgliedern erhalten blieben, erklärte sich der Vorstand zur Durchführung der „Gleichschaltungsversammlung“ am 27. April 1933 bereit. Bei dieser wurde ein neuer, von Nationalsozialisten dominierter Vorstand gewählt und der korporative Beitritt zum NSLB beschlossen.

Trotz des Drucks, den die Nationalsozialisten aufbauten, fand die „Gleichschaltung“ der Gesellschaft der Freunde keineswegs gewaltsam statt – anders als etwa die der Industriegewerkschaften. Weder besetzte die SA das Curiohaus noch verboten die Nationalsozialisten die „Hamburger Lehrerzeitung“ oder beschlagnahmten die Gelder des Verbandes. Auch wurden keine führenden Funktionäre der Gesellschaft in „Schutzhaft“ genommen. Umgekehrt kann aber auch nicht von einer „freiwilligen Gleichschaltung“ die Rede sein. Die Neubesetzung des Vorstandes und die Eingliederung der Organisation in den NSLB muss im Kontext der Machtübernahme der NSDAP in Hamburg und des offenen Terrors des neuen Regimes gesehen werden, der nach dem Reichstagsbrand und der Reichstagswahl vom März 1933 einsetzte. Trotzdem hätte der alte Vorstand andere Handlungsoptionen gehabt. Es gab durchaus Lehrervereine, gerade aus dem linken und linksliberalen Spektrum, die sich nicht mit den neuen Machthabern arrangierten. Manchen riefen stattdessen zum Widerstand gegen die Hitler-Papen-Regierung auf und lösten sich auf, um den Nationalsozialisten nicht ihren Verein zu überlassen. Andere entzogen dem NSLB zumindest ihr Vermögen, indem sie es vor ihrer Auflösung an andere Einrichtungen übertrugen.

In der Entscheidung der Vereinsfunktionäre, die „Gleichschaltung“ der Gesellschaft der Freunde auf dem Verhandlungsweg zu begleiten und weiterhin als Minderheitenströmung im Vorstand mitzuarbeiten, drückte sich ein anderthalb Jahrzehnte verfolgtes Politikkonzept aus. Während der gesamten Weimarer Republik hatten sie im Dialog mit der sozialdemokratischen Stadtregierung Verbesserungen für die Volksschullehrerschaft erreicht. Sie verfügten bis 1933

Foto: hlz



„Die Vorstandsmitglieder [der GdF] verliehen [...] der 'Gleichschaltung' durch ihre Beteiligung einen Schein der Legitimität.“ Marcel Bois

über einen kurzen Draht zum Schulsenator, der ihnen ohnehin wohlgesonnen war. Zudem besetzten sie selbst zahlreiche wichtige schulpolitische Positionen in der Stadt.

Aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung gingen die Hamburger Reformpädagoginnen davon aus, den „Emporkömmlingen“ des NSLB intellektuell überlegen zu sein. Auch organisatorisch waren sie eine Macht: Sie hatten den größten Lehrerverband der Stadt hinter sich, die Nationalsozialisten verfügten in Hamburg nur über eine unbedeutende schulpolitische Gruppierung. Doch die GdF-Funktionäre übersahen dabei die Dynamik des gesellschaftlichen Wandlungsprozesses im Frühjahr 1933 und die daraus resultierende Stärke der neuen Regierung. Es war nicht das erste Mal, dass sie die NS-Bewegung unterschätzten. Schon vor 1933 waren sie den Vertretern des faschistischen Flügels im eigenen Verband oft mit Überheblichkeit und Ironie begegneten. Als gefährlichste oppositionelle Strömung sahen sie stattdessen den kommunistischen Flügel an und bekämpften diesen wesentlich schärfer. Im April 1933 saßen sie dann der Illusion auf, durch ihre Mitarbeit im „gleichgeschalteten“ Vorstand weiterhin auf die Geschicke der Gesellschaft der Freunde Einfluss nehmen zu können. Doch die Nationalsozialisten führten den Lehrerverein fortan rigoros nach dem Führerprinzip.

Mit ihrer Fehleinschätzung standen die GdF-Funktionäre keineswegs alleine da. Zahlreiche politische Akteure dachten im Jahr 1933, die Macht der NSDAP sei nur von kurzer Dauer. „Nach Hitler kommen wir“, propagierten beispielsweise die Kommunisten. Derweil glaubten die konservativen Koalitionspartner des neuen Kanzlers, diesen durch Einbindung und Zugeständnisse kleinhalten zu können. Sie scheiterten mit die-

ser Taktik ebenso wie die Sozialdemokraten, die darauf bauten, den Kampf gegen die Nationalsozialisten „auf dem Boden der Verfassung“ führen zu können. Auch die Industriegewerkschaften erkannten zu spät den Ernst der Lage.

Doch mit ihrer Entscheidung, sich auf Verhandlungen einzulassen, die „Gleichschaltungsversammlung“ selbst einzuberufen und sich dann auch noch in den nationalsozialistisch dominierten Vorstand wählen zu lassen, stärkten die langjährigen Vorstandsmitglieder indirekt ihre Widersacher. Angesichts der großen Autorität, über die sie innerhalb der Gesellschaft der Freunde verfügten, verliehen sie dem Prozess der „Gleichschaltung“ durch ihre Beteiligung einen Schein der Legitimität. Die „Gleichschaltung“ wiederum schuf die Voraussetzung dafür, dass der Hamburger NSLB zur Massenorganisation und zum schulpolitischen Faktor in der Stadt werden konnte.

Im Zentrum ihres Umgangs mit dem NS-Regime stand – wie bei vielen anderen Verbänden und den Industriegewerkschaften auch – die Hoffnung der GdF-Funktionäre, die eigene Organisation zu erhalten und die Finanzen zu retten. Um diese Ziele zu erreichen, machten die ehemaligen Vorstandsmitglieder enorme, bis zur politischen Selbstaufgabe reichende Zugeständnisse. Trotzdem fällt die Bilanz ihrer Bemühungen nicht nur negativ aus. Denn in den Verhandlungen, die knapp ein Jahr lang andauerten, erreichten sie zumindest ein bemerkenswertes Zugeständnis, das deutlich über das Erwartbare hinausging. Denn die „gleichgeschaltete“ Gesellschaft der Freunde nahm – anders als andere Lehrervereine – keinen „Reinigungsparagrafen“ in ihre Satzung auf. Im Gegenteil: Hier wurde nun explizit festgelegt, dass Lehrerinnen und Lehrer, die aufgrund

des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus dem Schuldienst ausscheiden mussten, weiterhin Mitglied bleiben konnten. Jüdinnen/Juden und Freimaurem, Sozialdemokrat_innen und Kommunist_innen war es also bis mindestens 1937 möglich, die sozialen Einrichtungen eines nun nationalsozialistisch geführten Vereins zu nutzen. Diese Regelung betraf etwa 250 Personen.

Je mehr sich das Regime festigte, desto weniger waren diese Zugeständnisse allerdings wert. Schon bald wurden einige soziale Einrichtungen der GdF aufgelöst, etwa die Pensionskasse oder die Hinterbliebenenpflege. Andere wiederum wurden mit den Kassen ehemals konkurrierender Lehrervereine zusammengelegt. Zudem nahm im Lauf der Zeit der Verfolgungsdruck gegenüber rassistisch oder politisch Ausgrenzten zu. Viele von ihnen wurden verhaftet oder gingen ins Exil, so dass die Zahl derjenigen, die überhaupt noch von der Sonderregelung hätten profitieren können, kontinuierlich abnahm. Im Jahr 1937 wurde die Gesellschaft der Freunde schließlich aufgelöst und ihre Werte auf den NS-Lehrerbund in Bayreuth übertragen. Damit fand der Prozess der „Gleichschaltung“ sein endgültiges Ende.

Infos und Anmeldung unter:
<https://www.gew-hamburg.de/themen/gew/gew-hamburg-arbeitet-die-eigene-geschichte-auf>

MARCEL BOIS

Zum Autor

Marcel Bois arbeitet als Historiker in Hamburg. Sein Buch „Volksschullehrer zwischen Anpassung und Opposition. Die ‚Gleichschaltung‘ der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg (1933–1937)“ ist kürzlich bei Beltz Juventa erschienen